

Nach Doha

# Die Deregulierungs-Dampfwalze rollt wieder!

*Nach sehr mühseligen, mehrtägigen Verhandlungen (9. – 14. November) in Doha (Katar) einigten sich die 142 Mitgliedstaaten der World Trade Organisation doch noch auf eine neue Verhandlungsrunde. Im Vorfeld der Konferenz hatte es danach überhaupt nicht ausgesehen: die meisten Länder des Südens, die sogenannten „Entwicklungsländer“, hatten eine neue, erweiterte Verhandlungsrunde abgelehnt.*

Die Länder des Südens verlangten, es müsse erst eine Evaluierung der bisherigen Abkommen und eine teilweise Revision dieser Abkommen vorgenommen werden. Sie seien bei den WTO-Verhandlungen dazu in den Jahren 1994/95 zum Teil überrumpelt worden, weil sie die Tragweite dieser Abkommen nicht komplett hätten einschät-

zen können. Außerdem klagten diese Länder, sie hätten ihre Märkte für die ausländische Konkurrenz aus den USA, EU usw. geöffnet, mit teilweise schwerwiegenden sozialen Folgen, die mächtigen Wirtschaftsblöcke des Nordens hätten sich demgegenüber nicht oder viel weniger an die Freihandelsversprechungen gehalten und Teile ihrer Märkte, vor allem in den Bereichen Textil, Landwirtschaft oder Stahl weiterhin abgeschottet. Insgesamt seien vor allem die ärmsten der armen Länder allein auch schon von ihren technischen, administrativen und personellen Möglichkeiten her nicht imstande, jetzt schon neue, erweiterte Liberalisierungsbestrebungen zu verkraften.

Soweit, kurz dargestellt, die Argumentation der meisten „Entwicklungsländer“ am Vorabend der Verhandlungen in Doha.

## La guerre au Sud

Ce vendredi s'est ouverte la conférence qui doit reprendre le travail bloqué, il y a deux ans, à Seattle. Un très mauvais remake. Les pays industrialisés, Union européenne en tête, demandent, comme en 1999, un nouveau cycle de négociations afin d'étendre les matières placées sous l'autorité de l'OMC et de son organe de règlement des différends, seul instrument international capable d'imposer à un pays de modifier sa Constitution, ses lois et ses règlements s'ils font obstacle au libre-échange tel que défini par les accords de l'OMC négociés par les gouvernements et ratifiés par les parlements.

Les 15 gouvernements européens, des communistes français aux fascistes italiens, ont donné au négociateur européen Pascal Lamy le même mandat qu'en 1999. Ils ont ajouté, avec l'hypocrisie qui caractérise les déclarations européennes, qu'il conviendra de "prendre en compte les attentes des pays en développement". Ce qu'ils ne font nullement privilégiant l'alliance qui les unit aux autres pays riches.

En effet, les pays industrialisés se livrent à une véritable guerre contre les pays du Sud en imposant l'idéologie libre-échangiste, mais en se protégeant contre le libre-échange lorsque celui-ci est contraire à leurs intérêts (accord agricole, accord textile, accord sur les droits de propriété intellectuelle). Mais non seulement, ils imposent des règles pour lesquelles ils s'accordent des exceptions, mais ils refusent l'évaluation de leur impact socio-économique et veulent étendre leur dogme libre-échangiste à de nouvelles matières contre l'avis des PVD.

*A Doha, Raoul Marc Jennar (URFIG), 9 novembre 2001*

## Der schwierige Kontext der Verhandlungen

Die Organisation der WTO-Konferenz in Doha war eigentlich schon ein Politikum für sich. Nach dem blamablen Scheitern der vorhergehenden WTO-Konferenz in Seattle (November 1999), das durch die massiven Protestaktionen der „Globalisierungskritiker“ bewirkt worden war, war allein das Emirat von Katar bereit, überhaupt noch einen WTO-Gipfel zu organisieren, was schließlich von der Führung der WTO akzeptiert wurde. Um ähnliche Protestaktionen wie in Seattle schon im Keim zu unterbinden, war der Tagungsort Doha gerade richtig: Zugangsmöglichkeiten praktisch nur per Flugzeug und das Emirat erteilte den weltweiten kritischen ONGs aus dem Norden (Greenpeace, WWF, ATTAC usw.) und dem Süden insgesamt nur knapp 250

Visa. Trotz dieser Beschränkungen kam es allerdings zu kleineren Protestaktionen dieser ONGs.

Weil in den Tagen vor der Konferenz Gerüchte über eventuelle Terroranschläge kursierten, fand die Konferenz schließlich unter extremen polizeilichen und militärischen Sicherheitsvorkehrungen statt, was allerdings nur teilweise zur Beruhigung der Gemüter beitrug.

Dabei lastete von Anfang an ein doppelter Druck auf den verhandelnden Delegationen; zum einen der drohende Schatten einer weltweiten Rezession mit verheerenden Folgen für die „Entwicklungsländer“ (Fall der Agrar- und Rohstoffpreise), zum zweiten der Druck, trotzdem zu einer neuen Verhandlungsrunde zu gelangen, um ein zweites Scheitern der WTO (nach Seattle) und damit die Gefahr eines Auseinanderfallens dieser multilateralen Welthandelsorganisation zu verhindern. Dies dürften denn auch die Hauptgründe sein – neben ökonomischem Druck „hinter den Kulissen“ –, die die Länder des Südens schließlich trotzdem noch dazu (ver)führten, einer neuen Verhandlungsrunde zuzustimmen.

### Die Ziele der EU in Doha

Die EU mit ihren Verhandlungskommissaren Pascal Lamy und Franz Fischler war mit folgenden Zielsetzungen nach Katar gekommen: Zum einen wollte man dem massiven Druck der USA, der Cairns-Gruppe (Kanada, Australien, Chile usw.) sowie der Entwicklungsländer zur Öffnung der EU-Grenzen für Agrarimporte standhalten sowie die eigenen Agrarexporte auf die Weltmärkte mittels Subventionen weitgehend erhalten bzw. über die Zeit zu retten. Zum anderen sollten neue Bereiche wie Investitionen, Konkurrenz, Transparenz und Zugang zu öffentlichen Märkten in neue Liberalisierungsverhandlungen mit eingebracht werden, was natürlich den Expansionsinteressen der transnationalen Firmen entspricht. Diese Verhandlungswünsche der EU wurden abgeblockt, durch die Weigerung der „Dritt-Weltländer“ vor 2003 – 2004 über diese neuen Bereiche zu diskutieren. Die EU stellte ihrerseits im Schlusstext der Konferenz die Perspektive einer schrittweisen Reduktion der Agrarsubventionen in Aussicht, machte diese aber vom Ergebnis der kommenden Verhandlungen abhängig (auf Druck vor allem von Frankreich und Irland). Minimaler Konsens oder eben nur ein „marché de dupes“?

Ähnlich beinhart, defensiv und scheinheilig war die Haltung der USA: Forderung nach weitgehender Öffnung der Märkte der anderen, der Europäer, der Länder des Südens, aber für die USA selbst protektionistische Verteidigung der eigenen Stahl- und Textilindustrie gegenüber Importen aus dem Ausland.

### Und ihre Ansprüche

Vor Beginn der Konferenz von Doha wollten die EU-Staaten die Kritiken und Forderungen von Gewerkschaften, ökologischen Bewegungen, Verbraucherschutzverbänden und anderen ONGs aufnehmen und die Übernahme von sozialen und ökologischen Normen in die Welthandelsregeln vorantreiben. Die Ereignisse der vergangenen Jahre in Europa (BSE-Krise, Asbest- und Dioxinskandale, Verunsicherungen über die Sicherheit der Lebensmittel usw.) sowie die erstarkten Protestaktionen der Zivilgesellschaft (Seattle, Aktionen von ATTAC usw.) hatten scheinbar Wirkung gezeigt.

Auf beiden Feldern stieß die EU allerdings auf den erbitterten Widerstand sowohl der „Entwicklungsländer“ wie auch der USA und anderer Agrargroßexporteure (Cairns-Gruppe).

– zu den Sozialnormen: Eine Interessenskoalition zwischen multinationalen Konzernen und den Führungen der Dritt-Welt-Länder führte zu einer abrupten Ablehnung von Sozialnormen in der WTO; das sei allein Sache der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT). Die Regierungen des Südens sehen in Sozial- und in Umweltnormen bloß versteckte protektionistische Maßnahmen der EU und des Nordens und die transnationalen Firmen sahen am Ende ihre Interessen gewahrt.

– zu den Umweltnormen: Zwar ist es der EU gelungen, vom Prinzip her die Respektierung internationaler Umweltabkommen (Beispiel Kyoto) in Handelsabkommen zu verankern, wichtige Elemente wie das Vorsorgeprinzip beim Umweltschutz sowie Öko-Gütesiegel bleiben allerdings ausgeklammert. Auch haben die USA – in Sachen Umwelt zweifelsohne der große „Schurkenstaat“ – durchgesetzt, dass die Rechte von

**Eine Interessenskoalition zwischen multinationalen Konzernen und den Führungen der Dritt-Welt-Länder führte zu einer abrupten Ablehnung von Sozialnormen in der WTO. Die Regierungen des Südens sehen in Sozial- und in Umweltnormen bloß versteckte protektionistische Maßnahmen des Nordens.**



*DER ZUGANG ZU DEN MÄRKTEN MUß OFFEN BLEIBEN!*

**Wasserversorgung, Energie, Bodenschätze, aber auch Schulen, Kultur, Gesundheitsdienstleistungen, Umweltdienstleistungen, Bibliotheken, Archive usw., alles soll der Konkurrenz und der Privatisierung geöffnet werden.**

WTO-Staaten, die die internationalen Umweltabkommen nicht unterzeichnen (Kyoto), dabei nicht berührt werden. Eine indirekte Einladung an andere Staaten, keine internationalen Umweltabkommen mehr zu unterschreiben. Ob diese Ergebnisse wirklich ein wesentlicher Durchbruch für die Umwelt sind, wie die EU-Verantwortlichen gerne betonen? Vielleicht sollten sie sich stattdessen selbstkritisch fragen, warum die Länder der Dritten Welt hinter Sozialnormen und Umweltnormen immer gleich neue protektionistische Hürden wittern!

### Andere Problemfragen in Doha

Besonders in Bezug auf die 1995 abgeschlossenen Teilabkommen wie TRIPS (Patentschutz für Privatfirmen) und GATS (Handel mit Dienstleistungen) verlangten eine Reihe von Dritt-Welt-Ländern, an ihrer Spitze Brasilien, Pakistan und Indien, Revisionen bzw. neue Interpretationen dieser Abkommen. In Sachen TRIPS erreichten die armen Länder, dass sie in Fällen von nationaler Notlage (Aids, Malaria, Tuberkulose-Epidemien usw.) das Recht hätten, billigere Medikamente (Generika) zu produzieren oder zu importieren, der wichtigste Teilsieg dieser Ländergruppe gegen die Profitinteressen der Pharmakonzerne.

Bei anderen Aspekten des TRIPS-Abkommens, wie zum Beispiel dem Recht auf Patentierung von Pflanzen, Tieren oder der genetischen Ressourcen der Dritten Welt durch die Firmen des Nordens (Stichwort: „Biopiraterie“) wurden dagegen keine Verbesserungen erreicht. Die Patentierung darf weitergehen.

Weit weniger im Mittelpunkt der Diskussion stand in Doha unverständlicherweise das GATS-Abkommen (Handel mit Dienstleistungen) mit seinen negativen sozialen Folgen vor allem in Ländern der Dritten Welt, wo öffentliche Dienstleistungen, z.B. die Wasserversorgung, auf stärksten Druck des IWF (Internationaler Währungsfonds) hin dem privaten Markt, das heißt großen Konzernen, geöffnet worden war (Verdoppelung der Preise, schlechte Wasserqualität, beschränkter Zugang für Arme).

Die transnationalen Firmen üben weiterhin in Genf massivsten Druck aus, um immer mehr öffentliche Dienstleistungen in allen Ländern der Konkurrenz und der Privatisierung zu öffnen. Die Wunschliste der Konzerne ist lang: Wasserversorgung, Energie, Bodenschätze, aber auch Schulen, Kultur, Gesundheitsdienstleistungen, Umweltdienstleistungen, Bibliotheken, Archive usw., alles soll weltweit privatisiert werden im Interesse der „Märkte“ und der großen Konzerne, und diese neuen Märkte werden nicht nur in den Ländern des Südens gesehen, sondern gleichfalls in den reichen Ländern des Nordens, also auch bei uns. Müssten wir uns also nicht viel mehr Gedanken machen darüber, inwieweit solche fernen Verhandlungen in Katar oder die weniger mediatisierten in Genf auch unsere Zukunft hier in Europa negativ zu beeinflussen drohen? Information, Diskussion und weitaus mehr Transparenz über diese Verhandlungen erscheinen mir unabdingbar! Und, diese Forderungen beziehen sich nicht nur auf die Ebene des Parlaments – auch die Gewerkschaften, die Umwelt- und Verbraucherschutzverbände sowie die Dritt-Welt-Organisationen sind hier gefordert. Es geht um nichts weniger als um die Verteidigung der Demokratie!

**Jean Huss**

*Jean Huss ist Abgeordneter von Déi Gréng und war vom 9. bis 14. November 2001 als Vertreter des Parlaments Mitglied der offiziellen Luxemburger Delegation bei den WTO-Verhandlungen in Doha (Katar).*

